

Wieviel Zukunft verträgt die Gegenwart?

Ein Plädoyer für mehr Sachverstand

In 20 Jahren soll der motorisierte Individualverkehr zumindest um ein Drittel weniger werden, so steht es in den Zielpapieren der Politik geschrieben. Dieses Ziel wird nun auch für die Beurteilung von Projekten herangezogen – mit weitreichenden Konsequenzen. Ein Plädoyer für mehr Sachverstand.

Utopia bezeichnet einen Nicht-Ort, eine Zukunft in radikaler Differenz zur Wirklichkeit. Die Utopie oder die Vision ist wichtig als Grundlage für langfristige verkehrspolitische Strategien und Maßnahmen. Jedoch: Als Grundlage für die Planungen der Gegenwart taugt sie nicht.

Es ist mühsam, zugegeben, in der Beurteilung von Projekten von einer misslichen Gegenwart auszugehen – etwa der täglichen Verkehrsmittelwahl der Menschen. Warum nicht lieber einen Zielzustand

imaginieren, wie ihn die Politik langfristig verspricht? So fällt es dem „Verkehrsexperten“ leicht, von dieser imaginierten Zukunft als Grundlage für die Begutachtung von Projekten jeder Art auszugehen. Damit werden konfliktreiche Infrastrukturvorhaben obsolet, und (privatwirtschaftliche) Großprojekte ohne unzumutbare oder erhebliche Umweltwirkungen ermöglicht. So kann ein Investor jedes umwelt- und klimaschädliche Großprojekt wie zum Beispiel ein Schigebiet, einen Industriepark, ein Städtebauvorhaben, eine Parkgarage oder eine Bettenburg auf der Alm ins Positive argumentieren, weil es angeblich weder Verkehr noch CO₂, weder Luftschadstoffe noch Lärm erzeugt. Der visionäre Schnellschuss ging also womöglich nach hinten los: UVP, ade! Damit tut sich plötzlich auch eine neue Planungskultur auf, die dem steinigen Weg tatsächlicher Veränderungen in der Mobilität – verbunden mit unpopulären Maßnahmen –

ausweicht. Die grundsätzliche Frage lautet also: Wieviel Zukunft verträgt die Gegenwart? Wo bleibt der Sachverstand von Sachverständigen? Statt politische Ziele als gegeben anzunehmen und den Verkehr rechnerisch halbieren zu können, gilt es, einen angemessenen methodischen Umgang mit Prognosen in Zeiten von Unsicherheiten zu finden.

Die Behörden sind zur Reaktion aufgefordert, Projekte, die überraschenderweise keinen oder superwenig Verkehr erzeugen, ebenso zu hinterfragen wie den Verzicht auf eine gegenwärtig sinnvolle Verkehrsinfrastruktur. Die Politik muss Ziele mit konkreten Maßnahmen und Budgets hinterlegen. Dann wird die imaginierte Zukunft zur geplanten Zukunft. Dann werden diese Ziele Teil der Prognosen. Und erst dann können wir Planer*innen uns auf den Weg „zurück in die Zukunft“ machen!

